

## **Antrag**

**der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

### **Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik**

Die Außenminister der Atlantischen Allianz haben mit der „Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen“ vom 31. Mai 1984 ein deutliches Signal ihrer Bereitschaft zu Verständigung und Ausgleich mit den Staaten des Ostens gesetzt. Der Deutsche Bundestag begrüßt insbesondere die in der Erklärung bekundete Absicht, durch die Schaffung von mehr Kontakten und durch Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Staaten Osteuropas sich für eine realistische Entspannung einzusetzen und gleichzeitig eine wirksame Verteidigung auf der Basis der Solidarität und Geschlossenheit des Bündnisses aufrechtzuerhalten.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Auffassung, daß eine verläßlich nachprüfbare, ausgewogene Rüstungsverminderung nur möglich ist als integraler Bestandteil eines stabilen und konstruktiven Ost-West-Verhältnisses, das aufbaut auf der Achtung der Unabhängigkeit, der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts, auf gegenseitiger Respektierung der legitimen Sicherheitsinteressen aller Staaten sowie auf dem Grundsatz, bei der Verfolgung außenpolitischer Ziele Mäßigung zu zeigen, insbesondere keine Gewalt anzuwenden oder anzudrohen und gegenseitig auf ein Streben nach militärischer Überlegenheit zu verzichten.

Der Deutsche Bundestag unterstützt deshalb die Bereitschaft der Bündnispartner, weiterhin besondere Anstrengungen zu unternehmen,

- a) um zu einer Verbesserung des Verhältnisses zu den Staaten Osteuropas, zur Behebung oder Begrenzung von Meinungsverschiedenheiten, zur Identifizierung gemeinsamer Interessen sowie zur Ausdehnung von Bereichen der Übereinstimmung zu gelangen,
- b) um die wirtschaftliche, kulturelle und humanitäre Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Warschauer Pakts in Übereinstimmung mit den allgemeinen Sicherheitsinteressen des Bündnisses zu erweitern,

- c) um durch ausgewogene, faire und nachprüfbare Abkommen über konkrete Maßnahmen der Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie der Vertrauensbildung erhöhte Sicherheit auf einem möglichst niedrigen Streitkräfteniveau zu erreichen.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag unterstützt die bewährte Politik der Bundesregierung, zusammen mit unseren europäischen und nordamerikanischen Bündnispartnern Frieden in Freiheit und Stabilität durch ausreichende militärische Stärke und politische Solidarität zu gewährleisten und auf dieser Grundlage durch Dialog und Zusammenarbeit ein konstruktives Verhältnis zwischen Ost und West anzustreben.
2. Der Deutsche Bundestag unterstützt nachdrücklich die Politik der Bundesregierung, durch Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen den Frieden in Europa und der Welt auf eine noch festere Grundlage zu stellen. Rüstungskontrolle und Abrüstung sind jedoch nicht isoliert zu sehen, sie sind vielmehr integraler Bestandteil einer Politik, die allen Staaten mehr Sicherheit bei weniger Waffen bieten soll. Dies setzt gemeinsame Anstrengungen aller daran interessierten Staaten voraus.

Die Sowjetunion und die übrigen Staaten des Warschauer Pakts werden deshalb aufgefordert, auf die Bemühungen der westlichen Bündnispartner um einen umfassenden Dialog und um konstruktive Zusammenarbeit auf allen Ebenen und im gesamten Bereich der Ost-West-Beziehungen positiv einzugehen.

3. Der Deutsche Bundestag unterstützt das nachhaltige Eintreten der Bundesregierung für einen einschneidenden Abbau der militärischen Potentiale in Ost und West auf das für die Sicherheit des Bündnisses unerläßliche Niveau. Er begrüßt deshalb den von der Atlantischen Allianz befolgten Grundsatz, nur das für eine wirksame Abschreckung und Kriegsverhinderung unbedingt erforderliche Minimum an Kernwaffen bereitzuhalten. Durch den Abzug von 1 000 Kernwaffen aus Europa im Jahre 1980 und durch die Entscheidung von Montebello, in den nächsten fünf bis sechs Jahren 1 400 weitere nukleare Sprengköpfe einseitig aus Europa abzuziehen, wird in Westeuropa ein Stand des Kernwaffenpotentials erreicht, der der niedrigste seit 20 Jahren sein wird. Der Deutsche Bundestag fordert die Sowjetunion auf, diesem Beispiel des Bündnisses zu folgen.
4. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß Abrüstung Vorrang haben muß vor dem Bestreben, die bestehenden Potentiale auf dem heutigen Stand lediglich einzufrieren. Verhandlungen über ein überprüfbares Einfrieren unterliegen denselben Problemen über die dafür nötigen Kontrollmaßnahmen wie die Abrüstungsverhandlungen selbst. Ein bloßes Einfrieren würde deshalb zu einer erheblichen Verzögerung der dringend erforderlichen Reduzierungsmaßnah-

men führen. Darüber hinaus würden bestehende Ungleichgewichte festgeschrieben und damit die Chancen umfassender Abrüstungsmaßnahmen gefährdet.

5. Der Deutsche Bundestag bedauert, daß die Sowjetunion einseitig die Verhandlungen über Kernwaffen abgebrochen hat und appelliert an die Sowjetunion, ohne Vorbedingungen und unverzüglich die Genfer INF- und START-Verhandlungen wiederaufzunehmen.

Die Sowjetunion hat insbesondere mit ihrer SS 20-Rüstung das Kräfteverhältnis in Europa nachteilig verändert und ist in den INF-Verhandlungen auf die Bemühungen des Westens um ein niedriges und stabiles Rüstungsgleichgewicht nicht konstruktiv eingegangen. Mangels konkreter Verhandlungsergebnisse müssen daher entsprechend dem NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 amerikanische Mittelstreckenraketen in Westeuropa stationiert werden. Die Zurückhaltung des Bündnisses auf diesem Gebiet wird insbesondere dadurch sichtbar, daß für jede neu stationierte Kernwaffe eine andere abgezogen wird. Auf diese Weise wird in Westeuropa kein zusätzlicher Atomsprengkopf gelagert.

Der Deutsche Bundestag begrüßt das in der „Washingtoner Erklärung“ erneuerte Angebot, auf der Grundlage konkreter Verhandlungsergebnisse die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen anzuhalten, umzukehren oder anzupassen.

6. Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei den Wiener MBFR-Verhandlungen weiter auf ein ausgewogenes Ergebnis zu dringen, das einen wesentlichen Beitrag zu einem stabilen Gleichgewicht leistet. Konventionelle Rüstungskontrolle ist für die Sicherheit in Europa nicht minder wichtig als nukleare Rüstungskontrolle.

Der Deutsche Bundestag begrüßt den kürzlich von den Bündnismitgliedern in Wien vorgelegten neuen Vorschlag, der Fortschritte in den Verhandlungen, insbesondere in der Datenfrage, ermöglichen und damit den Weg für eine ausgewogene und überprüfbare Reduzierung der Landstreitkräfte freimachen soll. Die in Wien vertretenen Warschauer-Pakt-Staaten werden aufgefordert, konstruktiv und sachlich auf diese westliche Initiative einzugehen.

7. Der Deutsche Bundestag begrüßt ausdrücklich das engagierte Eintreten der Bundesregierung für ein Zustandekommen der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE). Er unterstützt nachdrücklich das von den Bündnispartnern zu Verhandlungsbeginn vorgelegte Paket konkreter Maßnahmen, die militärisch bedeutsam, politisch verbindlich, von angemessenen Formen der Verifikation begleitet und in ganz Europa anzuwenden sind. Diese Maßnahmen sind geeignet, die Gefahr einer militärischen Konfrontation zu vermindern und Fortschritte bei der Festigung des Vertrauens und der Berechen-

barkeit des militärischen Verhaltens zu erzielen. Damit würden die Rahmenbedingungen auch in anderen Bereichen der Abrüstung erheblich verbessert.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die von den neutralen und blockfreien Staaten der KVAE vorgelegten Verhandlungsvorschläge und sieht in ihnen weitgehende Übereinstimmung mit den Vorstellungen des Bündnisses.

Der Deutsche Bundestag fordert die Staaten des Warschauer Pakts auf, nunmehr den Weg für konkrete Verhandlungen über die vom Mandat geforderten Maßnahmen freizugeben. Der Deutsche Bundestag ist überzeugt, daß rein deklaratorische Maßnahmen wie der Vorschlag eines Gewaltverzichtsvertrages, welche die realen Bedingungen der Sicherheit in Europa nicht verbessern, kein Beitrag zur Verminderung der Gefahr einer militärischen Konfrontation ist. Vielmehr sollte dem bestehenden Gewaltverbot durch Vereinbarung konkreter Maßnahmen zusätzliche Wirkung und Ausdruck verliehen werden.

8. Der Deutsche Bundestag unterstützt nachhaltig das Engagement der Bundesregierung in der Genfer Abrüstungskonferenz für ein weltweites nachprüfbares Verbot aller chemischer Waffen. Er begrüßt den kürzlich von den Vereinigten Staaten eingebrachten Vertragsentwurf als einen konkreten und realistischen Beitrag zur Abschaffung einer gesamten Waffenkategorie.

Wer das Ziel einer weltweiten nachprüfbaren Abrüstung chemischer Waffen erreichen will, darf diesen Vorschlag nicht ablehnen, sondern muß sich in den Verhandlungen konstruktiv mit ihm auseinandersetzen. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Sowjetunion zur Überprüfung ihrer ablehnenden Haltung auf und erwartet von ihr, die Bereitschaft zur Zulassung von internationalen Inspektionen vor Ort insbesondere auch auf Lager und Produktionsstätten auszuweiten.

Der Deutsche Bundestag vertritt die Auffassung, daß eine chemie-waffenfreie Zone vom Atlantik bis zum Ural die Sicherheit nicht erhöht: Eine verlässliche Überprüfung der Vertragseinhaltung in einer solchen Zone würde die Probleme erheblich vergrößern, die in der Frage einer weltweiten Verifikationsregelung bestehen. Ein getarntes Einführen chemischer Kampfstoffe in eine solche Zone wäre kaum zu verhindern.

9. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung nachhaltig in ihren Bemühungen, einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern. Er begrüßt deshalb die Bereitschaft der Bündnispartner, in der Genfer Abrüstungskonferenz an einer Arbeitsgruppe teilzunehmen, die Möglichkeiten für eine weitere Begrenzung militärischer Aktivitäten im Weltraum untersuchen soll. Er bedauert, daß sich die Sowjetunion und die östlichen Staaten der Einsetzung einer entsprechenden Arbeitsgruppe bisher widersetzt haben und fordert diese nachdrücklich zur Teilnahme auf.

Der Deutsche Bundestag verfolgt mit besonderer Aufmerksamkeit die in der Sowjetunion und in den Vereinigten Staaten von Amerika angestellten Überlegungen und Forschungsprogramme über strategische Verteidigung. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag über den Stand der Forschungen und über die möglichen Auswirkungen solcher Programme auf bestehende Rüstungskontrollabkommen und laufende Abrüstungsbemühungen sowie über mögliche Auswirkungen einer Entwicklung und Indienststellung solcher Systeme für die weltweite Sicherheit wie für die Sicherheit in Europa zu informieren. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Bereitschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, im Interesse der Sicherheit aller Staaten mit der Sowjetunion die Implikationen von Raketenabwehrsystemen zu erörtern.

10. Angesichts der im Jahre 1985 stattfindenden 3. Überprüfungskonferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen hebt der Deutsche Bundestag die Bedeutung einer möglichst universalen Geltung dieses Vertrages hervor und unterstützt die Bundesregierung in ihrem Bestreben, weitere Staaten zum Beitritt zu ermutigen. Gleichzeitig weist der Deutsche Bundestag auf die Tragweite des Artikels VI dieses Vertrages hin, der die Kernwaffenstaaten verpflichtet, in redlicher Absicht Verhandlungen über wirksame Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung zu führen. Die Fortsetzung der sowjetischen Weigerung, zu den Genfer INF- und START-Verhandlungen zurückzukehren, wäre mit dieser Verpflichtung unvereinbar.
11. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich weiter für ein umfassendes Verbot der Kernwaffenversuche einzusetzen. Allerdings ist angesichts der großen militärischen Bedeutung eines solchen Teststopps, der einer Partei wichtige militärische Vorteile bringen würde, falls unentdeckte Umgehungen nicht ausgeschlossen werden können, eine zuverlässige Verifikationsregelung unabdingbare Voraussetzung für das Zustandekommen eines Verbotsabkommens.

Bonn, den 27. Juni 1984

**Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion**

**Mischnick und Fraktion**





